

Der Berliner Oberbürgermeister über die Ernährungsfrage.

♣ Berlin, 17. Sept. (Telegr.) Aus Anlaß der Vorlage über die Umwandlung der Kriegsgetreidegesellschaft in die Reichsgetreidegesellschaft, Geschäftsabteilung G. m. b. H., und über die Maßnahmen zur Bekämpfung der Teuerung gab in der gestrigen Stadtvorordnetenitzung der Oberbürgermeister Wermuth eine bemerkenswerte Darstellung und Kritik der Sachlage. Er begründete die Magistratsvorlagen. Die Kriegsgetreidegesellschaft, an der die Stadt Berlin mit 4 Millionen Mark beteiligt ist, hat in Überleitung ihres Betriebes in die neue Gesetzgebung ihr Stammkapital um 20 Millionen Mark, also auf 70 Millionen Mark, erhöht. Was die Bekämpfung übermäßiger Lebensmittelpreise betrifft, so soll die Kontrolle durch zentrale und lokale Organe ausgeführt werden. Die zentralen Organe sollen die Produktions- und Großhandelspreise beobachten. Zur Überwachung des Kleinhandels sollen lokale Organe über die ganze Stadt ausgebreitet werden. Als Mittel zur Verhütung von Ausschreitungen bei der Preisbildung sind vorgesehen: Sittliche Einwirkung, Anzeige zur Bestrafung, Veröffentlichung, Anregung von Maßnahmen beim Oberkommando und bei den Zentralbehörden.

Der Oberbürgermeister betonte, daß Berlin rechtzeitig seine Pflicht getan habe, und legte den Erfolg des vorher für halsbrecherisch gehaltenen Weges der Brotkartenausgabe dar. Berlin sei es gewesen, das gemagt habe, ihn zu beschreiten und hier bahnbrechend zu wirken. Der glückliche Erfolg, so führte der Oberbürgermeister u. a. aus, ist zweifellos in erster Linie der Bevölkerung zuzuschreiben, die, als sie einen festen Plan vor sich sah, ohne Besinnen, aber mit Besonnenheit, ja mit einem gewissen Humor sich ihm anfügte. (Sehr gut!) Wenn in kürzester Frist die Brotkarte im ganzen Deutschen Reich, in Stadt und Land fast wie eine Selbstverständlichkeit sich einbürgerte, so konnte das nur geschehen, weil jedermann in Stadt und Land von der Kriegsnotwendigkeit und der gleichmäßigen Gerechtigkeit dieser Einrichtung völlig überzeugt war. Es wäre in hohem Grade erfreulich, wenn dieses Bewußtsein dauernd wahrgelassen würde. Ganz so frei von Zweifeln, wie in den ernstesten Stunden des vorigen Winters, können wir der neuen Regelung des Brotwesens nicht gegenüberstehen. Schon im Frühjahr wurde der machtvolle Versuch gemacht, die Städte von der Organisation ganz auszuschalten. Das ist nun nicht geschehen. Aber eine gewisse Rückbildung bedeutet von unserm Standpunkt aus die Neugestaltung der Kriegsgetreidegesellschaft dennoch, und vor allen Dingen hegen wir wegen der Handhabung der neuen Vorschriften Besorgnisse. Wir befürchten, daß die Getreideversorgung sich allzusehr zersplittern und zerspalten wird und daß damit ein Auseinanderfallen der einheitlichen Bestrebungen stattfinden könnte, daß sozusagen statt des früheren einheitlichen Gebildes eine Anzahl kleiner Kriegsgetreidegesellschaften entsteht. Das ist nun für die ländlichen Kreise gewiß durchaus erfreulich, welche dadurch die ihnen unerschlossenen oder ihnen naheliegenden Städte in die Hand bekommen. Aber für alle die, die die Brotversorgung einheitlich für das ganze Reich geregelt wissen möchten, entstehen doch nicht unerhebliche Bedenken. Die Städte, namentlich die Großstädte, können schwer darunter leiden, wenn den einzelnen kleinen Versorgungsbezirken Vorteile zufließen, welche sich für die der Reichsgetreidegesellschaft Treugeblichen in entsprechende Nachteile umsetzen, und namentlich kann der Mehlpreis in seiner Höhe und Gleichmäßigkeit für alle Teile dadurch beeinflusst werden. Wir müssen also diese Entwicklung mit großer Aufmerksamkeit verfolgen. Wie aber immer wir uns unser Verhalten für die Zukunft überlegen mögen — das, was bisher geschehen ist, hat einen guten Ausklang gehabt, nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in finanzieller Beziehung, denn die großen Summen, welche wir für Nahrungsmittel verausgabt haben, werden leidlich wieder einkommen. Zur peinlichen Überraschung aller Nationalökonomien des feindlichen Auslandes, welche darin ein Verbrechen gegen die heiligsten Gebote der Statistik zu erblicken geneigt sind (Heiterkeit), haben wir das erste Jahr, die ganze Wirtschaftsperiode, ohne ernste Störungen der Ernährung durchlebt. Dieses erste Kriegsjahr wird auch in wirtschaftlicher Beziehung immer ein Stolz für das deutsche Volk und eine freudige Erinnerung für die deutschen Gemeinden sein dürfen. (Beifall.)

Der Eintritt in das neue Erntejahr zeigt eine veränderte Beurteilung der Sachlage. Man nimmt jetzt allgemein an, daß irgendeine Angstlichkeit wegen des Zureichens der Vorräte nicht mehr am Platze sei, vielmehr tritt in den Vordergrund die Bekämpfung der Auswüchse der Preisbildung, der Preisteuerung. Das ist nun an sich richtig, aber die Schlussfolgerungen, die man daraus zieht, sind doch vielfach unrichtig, ja gefährlich. Zunächst muß dringend davor gewarnt werden, in der Sparsamkeit bei Verwendung der Vorräte irgendwie nachzulassen. (Sehr richtig.) Wir werden sicherlich auch dieses Jahr durchkommen, und diesmal wird uns das Ausland dies wahrscheinlich auch von vornherein glauben. Die Ernte ist im ganzen recht erfreulich ausgefallen, für Kartoffeln sind die Aussichten sogar sehr günstig. Jedenfalls sollten wir alle von vornherein den festen Entschluß fassen, bei der bisherigen strengen Kriegsparsamkeit unbedingt zu beharren. Jeder Versuchung, das feste Gefüge des Brotkartensystems zu lockern, muß unbedingt Widerstand geleistet werden. Bei Fleisch, Milch, Butter, Eiern wird gewiß jeder, namentlich der Wohlhabende, sich freiwillig und gern die größten Beschränkungen auferlegen, soweit nicht doch noch Anlaß vorliegen sollte, dies ausdrücklich vorzuschreiben. In bezug auf die Preise war anscheinend bis vor kurzem die Strömung vorherrschend, für den kommenden Winter am vor die Produzenten und den Großhandel mit Höchst-

preisen — natürlich mit Ausnahme des Getreides — völlig zu verschonen, dagegen den Städten den Zwang aufzuerlegen, Kleinhandelshöchstpreise für alle wichtigen Nahrungsmittel zu erlassen. Das wäre aber ein Vorhaben gewesen, dem wir einen günstigen Ausgang nicht hätten voraussetzen können. (Sehr wahr!) Eine Gemeinde, welche Nahrungsmittel nicht in ihrem natürlichen Bereich hat — und bei uns wachsen die Kartoffeln nicht gut, und die Milch fließt auch nur spärlich — belundet in der Festsetzung von Höchstpreisen im Grunde genommen nichts weiter, als ein Kaufangebot an den außenstehenden Landwirt oder Großhändler. Wenn diese den Preis zu niedrig finden, so gehen sie mit ihrer Ware um die preisdrückende Stadt herum (sehr richtig!) und suchen sich freundlichere Gemeinden aus. Finden sie alle Tore geschlossen, so wissen sie auch noch Rat: sie stellen die Ware über Haupt nicht auf den Markt und lassen sie liegen, respektive verarbeiten sie, die Milch zu Butter und die Milchkuh zu Fleisch. Man kann auch den Städten nicht den Rat geben, ihren ganzen Bedarf unter der Hand, wie es heißt, auf dem freien Markte sich anzuschaffen. Und was dies „unter der Hand“ heißt, haben wir im vorigen Jahre erfahren (sehr richtig!) und können uns danach vorstellen, welcher Zustand eintreten würde, wenn die Kommissionäre von 49 Großstädten oder 187 Groß- und Mittelstädten „unter der Hand“ den Markt bestürmten, sich gegenseitig die Ware aus der Hand rissen, den Preis sich gegenseitig steigerten, den Verkäufer stuhig machten, so daß schließlich die Ware überhaupt nicht mehr zu haben ist. (Sehr richtig!) Daraus folgt: Wenn ein Zwang zur Festsetzung von Höchstpreisen innerhalb der Gemeinde geübt werden soll, dann muß dieser Gemeinde auch die Möglichkeit gegeben werden, sich die erforderliche Warenmenge zwangsweise zu verschaffen, und zwar durch Vermittlung der Gesamtheit des Reiches. (Sehr wahr!) Wir hoffen aufs lebhafteste, daß das Reich für alle wichtigeren Artikel, vor allem Milch, Kartoffeln und Schweinefleisch, prüfen wird, inwieweit die Höhe der Vorräte und die Preisgestaltung zu einem öffentlichen Einschreiten nötig, eventuell muß durch Beschlagnahme oder mindestens durch Vermittlung von Zwangsankäufen dafür gesorgt werden, daß der Gemeinde die erforderliche Warenmenge im vollen Umfange zu bestimmten Preisen zufließt. (Sehr richtig!) Nur dann kann die Gemeinde Kleinhandelspreise festlegen. Wenn aber eine solche Regelung nicht erfolgt, muß man den Artikel dem freien Handel überlassen, dessen Verdienste in diesem Kriege man nicht unterschätzen soll, und muß sein Hauptaugenmerk auf die Bekämpfung der Preisauswüchse richten. Dazu können auch städtische Verkaufsstellen dienen.

die neben dem freien Handel arbeiten, aber eine Höchstpreisfestsetzung, welche nicht den Vollbesitz der Ware zum Ausgangspunkt hat, wird sicher Schiffbruch erleiden.

Die in der Magistratsvorlage vorgesehene Organisation wird uns bei unserm Vorgehen die wünschenswerten Hilfskräfte liefern. Uneingeschränkt darf das Gesetz von Angebot und Nachfrage in einer Zeit nicht walten, die uns die Einfuhr absperrt und den freien Markt auch sonst unterbindet. Die gleichmäßige, auch dem Unbemittelten gerecht werdende Versorgung ist jetzt oberstes Gesetz, nicht Konjunkturgewinn. (Sehr richtig!) Nicht Ausbeutung der Notlage des Verbrauchers. (Sehr richtig!), sondern nur einen objektiv mäßigen Nutzen für Erzeuger, Groß- und Kleinhändler kann und darf es im Kriege geben! Deshalb sollen die Preiskommissionen den Markt einer täglichen Kontrolle unterziehen. Ihnen werden zweifellos in nächster Zeit weittragende öffentliche Befugnisse beigelegt werden, die ihnen die Handhabe bieten, auf die Preisgestaltung einzuwirken. Haben wir uns in das Preiscontrollwesen ordentlich eingelebt, dann werden die gewonnenen Erfahrungen uns auch Anhaltspunkte zur Beherrschung des Lebensmittelmarktes und in sonstiger Beziehung geben. Wir möchten nicht eine Verantwortung tragen, die uns nicht zukommt, aber was wir tun können, das wollen und sollen wir mit Gründlichkeit und Hingebung tun, wie es sich für Berlin ziemt. Mutig gehen wir, wenn uns ein neuer Kriegswinter bevorsteht, in ihn hinein! (Lebhafter allseitiger Beifall!) Nach der Aussprache der Parteiführer nahm die Versammlung die Vorlagen zur Kenntnis.